



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 4. Mai 2010

Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion am 4. Mai 2010

I. Zur Lage

Liebe Genossinnen und Genossen,

die **Schuldenkrise Griechenlands** hat sich dramatisch zugespitzt. Die Schwierigkeiten des griechischen Staates, neues Geld zu leihen, und das aggressive Verhalten der Kapitalmärkte gefährden die Stabilität der Eurozone und damit auch die vitalen Interessen Deutschlands als größte Volkswirtschaft in der Mitte Europas. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte im September 2008 musste sich die Wirtschaft Vertrauen vom Staat leihen. Jetzt aber geht es, verstärkt durch die Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte, um das Vertrauen in den Staat selbst. Griechenland muss auf den Pfad solider Finanzen zurückkehren. Die Konsolidierungsbemühungen, die das Land auf sich nimmt, sind gigantisch. Diese beispiellosen Anstrengungen verdienen keinen Hohn, sondern Respekt und Unterstützung. Die Bundesregierung aber hat auf die Schwierigkeiten Griechenlands zuerst gar nicht und dann falsch reagiert. Obwohl schon seit Wochen klar ist, dass entschiedenes Handeln und gemeinsame Verantwortung notwendig sind, um die Märkte zu beruhigen, hat Angela Merkel die deutsche Öffentlichkeit bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit der Geste ‚wir geben nichts‘ zu



täuschen versucht. Das Ergebnis ist rapide wachsender Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit Europas. Wo Vertrauen verloren geht, da greift Verunsicherung um sich. Ein Geschenk für Spekulanten! Die Regierung Merkel hat den Brand in der Eurozone lange schwelen lassen und durch schwerwiegende Fehler weiter angefacht. Jetzt setzt der Funkenflug ein und bedroht andere Länder in Europa. Es ist höchste Zeit zu handeln: Wir müssen die Spekulationsspirale stoppen.

Die Regierung hat durch ihre Hinhaltetaktik auch das Parlament in eine schwierige Situation manövriert. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages müssen in diesen Tagen eine komplizierte Entscheidung von enormer Tragweite unter großem Zeitdruck treffen. Die SPD steht zu ihrer Verantwortung, eine schnelle und tragfähige Lösung zu ermöglichen.

Eine bloße Ermächtigung des Bundes, für Kredite in Höhe von 22,4 Milliarden Euro an Griechenland zu bürgen, reicht nicht aus. Unsere Zustimmung wird davon abhängen, ob die Regierung bereit ist, die Krise an der Wurzel zu packen, keinen der Verantwortlichen aus der Pflicht zu entlassen und zu verhindern, dass nur den Steuerzahlern die Kosten aufgebürdet werden. Die Bundesregierung muss begleitend zu diesem Gesetz deutlich machen, welche Maßnahmen sie ergreift, um den privaten Sektor an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Banken und Finanzinvestoren müssen mit mehr als symbolischen Gesten in die Verantwortung genommen werden. Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzprodukte und Handelsplätze umfasst. Darüber hinaus muss die Bundesregierung die glaubwürdige Bereitschaft dokumentieren, neuen Spekulationswellen vorzubeugen und endlich die Regulierung auf den internationalen Finanzmärkten entschlossen voranzutreiben. Für die europäische Währungsunion schließlich brauchen wir eine enger abgestimmte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ohne diese Schritte kann kein Rettungspaket nachhaltig wirken.

Die Bewältigung der europäischen Schulden- und Spekulationskrise hängt jetzt entscheidend von der Vertrauenswürdigkeit und Handlungsfähigkeit des



Staates ab. Auch Deutschland ist nicht gefeit vor der Gefahr, diese Handlungsfähigkeit zu verspielen. In dieser Woche schlägt mit der **Steuerschätzung** die Stunde der Wahrheit: Lange hat die Regierung Merkel ein unwürdiges Versteckspiel getrieben, um dem finanzpolitischen Offenbarungseid auszuweichen. Immer wieder wurden unsere Fragen nach der Finanzierbarkeit von Steuersenkungen, Kopfpauschale und Haushaltskonsolidierung vertagt. Auch hier mit dem durchsichtigen Motiv, vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen jede Blöße zu vermeiden. Seit der Frühjahrsprognose der Wirtschaftsinstitute Mitte April wird allerdings immer deutlicher: Wirtschaftliche Stagnation und Rekordverschuldung sind eine schwere Belastung für die kommenden Jahre. Jetzt gibt es erste Meldungen, dass auch der Bundesfinanzminister mit sinkenden Steuereinnahmen rechnet. Bis zu 14 Milliarden Euro weniger pro Jahr als noch im November geschätzt sollen Bund, Länder und Kommunen ab 2011 zur Verfügung haben. Bis 2013 entstünde somit eine weitere Lücke von mehr als 40 Milliarden Euro. Die einzig verantwortbare Konsequenz aus dieser Botschaft wäre, die Pläne für milliardenschwere Steuersenkungen zu beerdigen. Stattdessen erleben wir die Kontinuität der Unbelehrbarkeit in der Koalition. Kauder, Westerwelle und Co verweigern sich der Realität. Schwarz-Gelb muss durch den Wähler zur Kurskorrektur gezwungen werden.

Am 9. Mai haben 13,5 Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger des größten Bundeslandes die Chance, Schwarz-Gelb abzuwählen. Die **Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen** entscheiden auch über die Zukunft der Bundespolitik. Stürzt Schwarz-Gelb in Düsseldorf, dann haben Union und FDP im Bundesrat keine Mehrheit mehr. Das bedeutet: Stopp der verantwortungslosen Steuerpläne, die führende Unionspolitiker wie Volker Kauder und die FDP trotz der größten Schuldenkrise der bundesdeutschen Geschichte fordern. Stopp von Steuersenkungen auf Pump, die Länder belasten und den Kommunen das Kreuz zu brechen drohen. Stopp von Steuerprivilegien für Besserverdiener, die am Ende von Arbeitslosen, Schichtarbeitern und Arbeitnehmern mit geringem Einkommen bezahlt werden müssen. Stopp der ungerechten Kopfpauschale im Gesundheitssystem, die



Millionen von Arbeitnehmern und Rentnern zu Bittstellern macht, in die Bedürftigkeitsbürokratie eines Sozialausgleichs zwingt und den Staat mit neuen Milliardenkosten überfordert.

Schwarz-Gelb steht im Bund ebenso wie in Nordrhein-Westfalen für eine schamlose Klientelpolitik. Das ist Missbrauch von Macht nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben, wer nichts hat, dem wird auch noch das letzte Hemd genommen. Parteispenden in Millionenhöhe werden abgegolten durch milliardenschwere Steuergeschenke, wie im Falle des Mehrwertsteuerprivilegs für Hotels. Auch die **Aufdeckung von Finanzaffären in Verbindung mit Jürgen Rüttgers in NRW** reißt nicht ab. Die CDU erweist sich als Wiederholungstäter. Nach Bekanntwerden einer Sponsorenpraxis, die den Ministerpräsidenten für exklusive Gespräche gegen Geld vermietet, hat die Rüttgers-CDU jetzt zugeben müssen, schon im Wahlkampf 2005 getrickst und getäuscht und mit 40.000 Euro die Gründung einer angeblich parteiunabhängigen Wählerinitiative mitfinanziert zu haben. Diese Initiative hat laut Pressemeldungen wiederum Spendengelder in fünfstelliger Höhe eingesammelt, Geld, das im Rechenschaftsbericht der CDU nicht auftaucht. Der erneute Verdacht illegaler Parteienfinanzierung ist ein klarer Fall für Bundestagspräsident Lammert. Wieder muss er gegen seinen eigenen Landesverband ermitteln. Noch fünf Tage, dann können die Wählerinnen und Wähler der CDU die Quittung verpassen und Schwarz-Gelb aus dem Amt wählen. Jürgen Rüttgers verliert jeden Tag mehr an Glaubwürdigkeit. Hannelore Kraft gewinnt stetig an Vertrauen bei den Menschen. Sie steht für den politischen Neuanfang. Lasst uns in den kommenden Tagen möglichst viele Menschen an Rhein und Ruhr überzeugen, am Sonntag ihre Stimme abzugeben. Wir brauchen einen Neuanfang der politischen Verantwortung und der Vernunft in Deutschland.

Euer

gez. Dr. Frank-Walter Steinmeier

II. Zur Woche

Reform der Jobcenter

Nach monatelanger Blockade von CDU und CSU und nachdem Arbeitsministerin von der Leyen mit einem Gesetzentwurf, der die Auflösung der Job-Center vorsah, am Widerstand der Länder gescheitert ist, besteht großer Handlungsdruck, damit die Argen Rechtssicherheit bekommen und die Vermittlung aus einer Hand gesichert bleibt. Die SPD hat deshalb mit der Koalition einen Kompromiss zur Absicherung der Job-Center verhandelt, der sehr nah an unseren ursprünglichen Forderungen liegt. Die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) sowie zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende beraten wir in dieser Woche erstmalig im Bundestag. Die gesetzliche Neuregelung ermöglicht es, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erfolgreich weitergeführt werden kann. Gegen den Willen von Schwarz-Gelb, die in ihrer Koalitionsvereinbarung die getrennte Aufgabenwahrnehmung vorgesehen hatten, können die Argen jetzt grundgesetzlich abgesichert und als gemeinsame Einrichtung zwischen Kommune und Agentur für Arbeit weitergeführt werden. Das neue Job-Center ist künftig der Regelfall zur Betreuung von Arbeitsuchenden. Die derzeit bestehenden 69 Optionskommunen, die die Betreuung in eigener Regie wahrnehmen, werden entfristet. Zudem sollen in begrenztem Umfang weitere Optionen ermöglicht werden. Insgesamt soll die kommunale Trägerschaft nicht mehr als 25 Prozent der Aufgabenträger im Bundesgebiet umfassen (inkl. der bestehenden 69 also insgesamt 110 Optionskommunen). Wir konnten damit auch verhindern, dass durch die völlige Freigabe der Option der Bund aus der Verantwortung für die Arbeitsuchenden herausgenommen wird. Bund und Kommunen haben auch weiterhin ein gemeinsames Interesse daran, Arbeitsuchende in Arbeit zu integrieren. Die Steuerung erfolgt über Fach- und Rechtsaufsicht sowie Zielvereinbarungen. Eine Fachaufsicht wird es über die Optionskommunen nicht geben. Hier gilt allerdings eine Rechtsaufsicht und die Steuerung über Zielvereinbarungen mit Controlling und Benchmarking. Es existiert eine umfangreiche Finanzkontrolle. Der Betreuungsschlüssel in den Job-Centern

wird weiter verbessert. Dies gilt auch für die Optionskommunen. Hier konnten wir uns mit einem wichtigen Anliegen durchsetzen. Die entsprechende Betreuungsrelation wird gesetzlich verankert. Als Festlegung für den Schlüssel sind vorgesehen: Ein Arbeitsvermittler für 75 erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahren und ein Arbeitsvermittler für 150 Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Diese gesetzliche Festlegung stärkt die individuelle Betreuung und verbessert die Chancen von Arbeitsuchenden, wieder in Arbeit zu kommen.

Außerdem beraten wir **vier Große Anfragen** im Deutschen Bundestag. Alle vier sind noch immer unbeantwortet. Die schwarz-gelbe Bundesregierung vermeidet vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die Festlegung auf konkrete Inhalte ihrer Politik.

- Einführung der Kopfpauschale ist ungerecht, bürokratisch und unfinanzierbar

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant, die bisherige einkommensabhängige und damit gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch eine für alle Mitglieder gleiche Kopfprämie oder Kopfpauschale zu ersetzen. Damit insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen auch in Zukunft ihre Krankenversicherung noch bezahlen können, ist ein Sozialausgleich geplant. Dieser Ausgleich soll „automatisch“ erfolgen. Wie diese „Automatik“ jedoch aussehen soll, wer sie in Gang setzt und wer die Ergebnisse umsetzt, ist nicht mal in Ansätzen geklärt. Bislang fehlt jede auch nur grobe Einschätzung über die finanzielle Be- und Entlastung der Versicherten, den bürokratischen Aufwand und die damit verbundenen Mehrkosten für den Sozialausgleich sowie die künftige Entwicklung der Kosten für die Versicherung in der GKV. Antworten auf unsere dementsprechende Kleine Anfrage hat die Regierung Merkel Parlament und Öffentlichkeit verweigert. Auch unsere Große Anfrage, über die wir in dieser Woche debattieren, ist bislang nicht beantwortet.

Die Pläne der Koalition zur Einführung einer Kopfpauschale sind ungerecht, bürokratisch und nicht finanzierbar. Eine Kopfprämie entlastet Bezieher höherer Einkommen und belastet Bezieher niedriger Einkommen. Die für einen

Sozialausgleich im Bundeshaushalt erforderliche Summe ist nicht zu finanzieren. Durch die Einführung einer Kopfprämie erfolgt eine langfristige Weichenstellung, die dafür sorgt, dass zukünftig wachsenden Lasten der Gesundheitsversorgung einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet, die Arbeitgeber hingegen nicht mehr beteiligt werden.

- Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken gefährdet die Energiewende

Die schwarz-gelbe Koalition plant, die Restlaufzeiten von Atomkraftwerken entgegen den Regelungen des Atomkonsenses aus dem Jahr 2000 (entsprechende Änderung des Atomgesetzes in 2002) zu verlängern. Eine Verlängerung der Laufzeiten behindert aber nicht nur den Wettbewerb auf dem Strommarkt. Auch der Ausbau Erneuerbarer Energien wird behindert und die anfallenden Mengen an hochradioaktivem Material, das dauerhaft und sicher endgelagert werden muss, werden enorm gesteigert. Vor diesem Hintergrund beraten wir in dieser Woche unsere Große Anfrage „Verlängerung von Restlaufzeiten von Atomkraftwerken: Auswirkungen auf die Entwicklung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt und auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien“. Unsere Anfrage soll den tatsächlichen Sachstand zur Situation des Wettbewerbs auf dem Strommarkt, absehbare Entwicklungen aufgrund verlängerter Laufzeiten sowie entsprechende Einschätzungen der Bundesregierung ausleuchten. Darüber hinaus zeigen wir die widersprüchlichen Einschätzungen beteiligter Akteure innerhalb der Bundesregierung und relevanter Kräfte in der Energiewirtschaft. Die Bundesregierung will erst im September antworten. Begründung: Bis dahin dauere es, die entsprechenden Daten zu erheben. Allerdings soll es bereits im Juni Eckpunkte für ein neues Energiekonzept einschließlich längerer Laufzeiten geben. Also gibt entweder die Regierung die vorhandenen Daten nicht rechtzeitig heraus, was eine Missachtung des Parlaments wäre. Oder sie konzipiert ihr Energie-„Konzept“ ohne Informationen über die wesentlichen Zusammenhänge.

- Verschärfung der Schuldenkrise durch „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ und geplante Steuerreform

Mit unserer Großen Anfrage „Zu den theoretischen und empirischen Grundlagen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der gemäß Koalitionsvertrag beabsichtigten Steuerreform“ wollen wir aufzeigen, dass die von Schwarz-Gelb geplante Steuerreform die Schuldenkrise verschärft und die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen gefährdet. Die Koalition beruft sich zur Gegenfinanzierung auf deutlich mehr Wachstum, kann für diese Vermutung aber keinen gesicherten Beleg anführen. Ihre Politik beruht auf gefährlichem Wunschdenken. Wir wollen, dass die Bundesregierung der Öffentlichkeit jetzt darlegt, aufgrund welcher wissenschaftlichen Erkenntnisse sie die Auffassung vertritt, ausreichend Wachstum zur Konsolidierung der Staatsfinanzen könne durch die geplanten Steuersenkungen erzeugt werden.

Allein mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat Schwarz-Gelb Steuersenkungen in Höhe von etwa 8,5 Milliarden Euro beschlossen. Laut Koalitionsvertrag plant die Bundesregierung außerdem ab 2011 weitere Steuerentlastungen in Höhe von 24 Milliarden Euro. Die Koalition versäumt dabei allerdings aufzuzeigen, wie diese Steuerentlastungen finanziert werden sollen. Denn unser Staat wird die massiven Steuerausfälle durch die geplante Steuerreform nicht verkraften. Damit die Schuldenbremse beachtet werden kann, müssen die Steuerausfälle durch umfangreiche Kürzungen der Ausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden vor allem im Sozialbereich und durch die Erhöhung von Abgaben und Steuern an anderer Stelle gegenfinanziert werden. Die Zeche zahlt also die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Koalition will das vor der Landtagswahl in NRW natürlich nicht eingestehen.

- Technologieführerschaft Deutschlands im Verkehrs- und Baubereich gefährdet

Klimawandel und Klimaschutz gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit und müssen weiter ganz oben auf der Agenda Deutschlands stehen. Wir müssen unsere Vorreiterrolle in Europa im Bereich des Klimaschutzes weiter ausbauen. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unter Rot-Grün, dem

Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) und dem Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität unter der Großen Koalition haben wir Weichen gestellt. Diese Dynamik muss unverzüglich mit langfristigen Klimaschutzverpflichtungen und Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele fortgesetzt werden. Die Bundesregierung soll uns deshalb mitteilen, welche Kriterien sie für die Evaluation des IEKP vorsieht und mit welchen Inhalten sie das von ihr für den Verkehrs- und Bausektor angekündigte sektorenspezifische Energie- und Klimakonzepte füllen will. Außerdem interessiert uns, wie sich die CO₂-Bilanz von Elektro- und Hybridantrieben im Vergleich zu herkömmlichen Verbrennungsmotoren darstellt und wie die Regierung den Entwicklungsplan Elektromobilität umsetzen will. Die Bundesregierung soll uns darüber hinaus darstellen, wie sie die Folgen des Technologiewandels hin zur Elektromobilität und alternativen Antriebsenergien innerhalb der Wirtschaftskette der Deutschen Automobilindustrie einschätzt und wie sie vor allem die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Klimaschutzziele unterstützen will. Die Bundesregierung sah sich bisher nicht in der Lage, die Große Anfrage zu beantworten. Vor dem Hintergrund des sogenannten Elektromobilitätsgipfel der Kanzlerin am 3. Mai 2010 werden wir diese Sprach- und Konzeptlosigkeit der Bundesregierung im Plenum thematisieren.

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

In dieser Woche berät der Bundestag abschließend über unseren Antrag „Vorschlag der spanischen Regierung für die Änderung der Verträge in Bezug auf die Übergangsmaßnahmen betreffend die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments – Herstellung des Einvernehmens über die Aufnahme von Verhandlungen über Vertragsveränderungen gemäß 48 EUV“. Dieser Antrag betrifft die Vergrößerung der Sitzanzahl im EP für die laufende Legislaturperiode von 736 auf 754 Sitze. Wir haben die problematische Situation, dass u. a. der Vorschlag im Raum steht, dass Länder, denen mehr Sitze zustehen, für deren Besetzung Personen aus den nationalen Parlamenten delegieren können. Wir sprechen uns eindeutig gegen diese Vorgehensweise aus, weil dies dem Grundsatz widerspricht, dass Mitglieder des EP in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählt werden. In diesem Fall muss die Regierung das Einvernehmen mit dem

Deutschen Bundestag herstellen. Das entspricht der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zum Lissabon-Vertrag und des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Dies wollen wir mit unserem Antrag noch einmal unterstreichen.

Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen

Viele junge Menschen verdienen sich durch Ferienjobs etwas hinzu. Sie wollen sich damit kleine alltägliche Wünsche erfüllen. Gleichzeitig sammeln sie so erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt. Bei Jugendlichen aus SGB II-Bedarfsgemeinschaften wird aber das Einkommen aus einem Ferienjob als laufende Einnahme behandelt und in dem Monat, in dem es zufließt, auf das Sozialgeld angerechnet. Ein Ferienjob verliert dadurch nicht nur an Attraktivität. Es ist auch demotivierend, wenn Klassenkameraden den vollen Lohn zur Erfüllung von Wünschen behalten dürfen, junge Menschen aus SGB II-Bedarfsgemeinschaften jedoch wesentliche Teile ihrer Einkünfte zur Bestreitung des allgemeinen Lebensunterhaltes der Familie einsetzen müssen. Aus Gerechtigkeitsgründen aber auch aus Gründen der Chancengleichheit wollen wir, dass angemessene Einnahmen aus einem Ferienjob künftig nicht als Einkommen im Sinne des SGB II berücksichtigt werden. Unser Antrag „Mehr Chancengleichheit für Jugendliche – Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen“ wird in dieser Woche abschließend beraten. Dabei geht es um Schüler, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen. Voraussetzung ist, dass die Dauer der Ferienjobs insgesamt vier Wochen im Kalenderjahr nicht überschreitet. Angemessene Einnahmen sind dabei solche, die Schüler typischerweise während einer Beschäftigung in der Ferienzeit erzielen.

Menschenrechtsschutz im Handelsabkommen der Europäischen Union mit Kolumbien und Peru verankern

Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag auf, darauf hinzuwirken, dass die Europäische Union die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru nutzt, um die Menschenrechtsslage in diesen Staaten zu verbessern. Die seit 2007 laufenden Verhandlungen über ein bi-regionales Assoziationsabkommen der EU mit der Andengemeinschaft (CAN), der neben

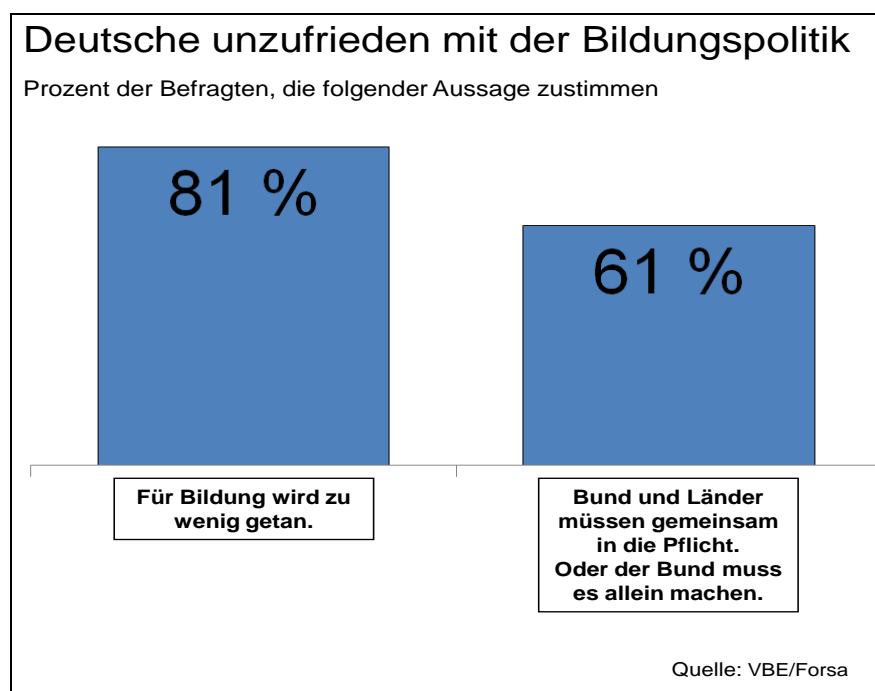
Kolumbien und Peru auch Ecuador und Bolivien angehören, wurden im Juni 2008 unterbrochen. Innerhalb der CAN konnte keine Übereinstimmung über den Handelsteil erzielt werden. Daher verhandelt die EU seit Januar 2009 ein multilaterales Freihandelsabkommen separat mit Kolumbien und Peru. Die Europäische Kommission plant, auf dem VI. Gipfeltreffen zwischen EU und den Ländern Lateinamerikas sowie der Karibik (LAK) das multilaterale Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru zu unterzeichnen. Die Verhandlungen sind in der Endphase. Kritische EU-Mitgliedsstaaten und nicht-staatliche Akteure in den beiden Ländern fordern einen menschenrechtspolitischen Bezug bei den Verhandlungen bzw. deren vollständige Aussetzung, bis sich die Menschenrechtssituation verbessert hat. Menschenrechtlich höchst brisant ist insbesondere die Lage in Kolumbien. Wir fordern mit unserem Antrag, dass das Abkommen nicht übereilt beim Gipfeltreffen unterzeichnet, sondern der politische Dialog der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure intensiviert wird und die Verhandlungen ausgesetzt werden, bis sich die Menschenrechtssituation verbessert hat.

III. Aktuelles Thema

Schwarz-Gelbe Bildungspolitik: Privatisierung statt Chancengleichheit

Schwarz-Gelbe Steuerpläne gefährden Bildungschancen

Die Steuerpläne der Koalition gefährden die Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen. Auch das „abgespeckte“ Senkungsmodell der FDP sieht enorme Mindereinnahmen von rund 9,2 Mrd. Euro im Jahr für Länder und Kommunen vor. Diese werden keine Wahl haben, als an der einzigen großen Kostenschraube zu drehen, über die sie verfügen: den Bildungsausgaben. Würden die Steuerpläne der FDP Realität, wären 240.000 Kita-Plätze und 120.000 Lehrerstellen gefährdet. Während SPD-Länder wie **Rheinland-Pfalz** oder **Berlin** trotz schwieriger Haushaltslage Schritt für Schritt die Gebühren für die frühkindliche Bildung abschaffen, ist sich das CDU-geführte **Hamburg** unter Mitwirkung der Grünen nicht zu schade, die Kitagebühren zu erhöhen, Betreuungsansprüche einzuschränken und auch Hartz-IV-Familien für ein warmes Schulessen abzukassieren, um Haushaltslöcher zu stopfen. Selbst Eltern mit sehr geringen Einkommen und zwei Kindern im Hort zahlen in Hamburg künftig 58 Euro im Monat mehr als bisher.



In **Hessen** hat die schwarz-gelbe Landesregierung angekündigt, 30 Mio. Euro bei den Hochschulen und 45 Mio. Euro bei den Schulen zu kürzen. Ministerpräsident Koch nimmt den Schülerinnen, Schülern und Studierenden das Geld weg, um die Haushaltslöcher zu stopfen, die Union und FDP mit ihrer unverantwortlichen Steuerpolitik aufreißen.

Umfragen bestätigen: Eine überwältigende Mehrheit ist unzufrieden mit der Bildungspolitik in Deutschland. Die Bürgerinnen und Bürger glauben, dass Merkels „Bildungsrepublik“ nichts als eine leere PR-Worthülse der CDU ist. Und das zu Recht, denn die Steuersenkungspläne von Schwarz-Gelb drohen Deutschland bei der Chancengleichheit weit zurückzuwerfen. Die Abbrucharbeiten an Merkels „Bildungsrepublik“ haben längst begonnen.

Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung gerät in Gefahr, Gebühren steigen

Mit ihrer unverantwortlichen Finanzpolitik hat Schwarz-Gelb schon nach kurzer Zeit im Amt die Einführung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für unter Dreijährige ab 2013 in Gefahr gebracht. Hinzu kommt: Die Nachfrage der Eltern steigt stärker als erwartet. Außerdem fehlen 40.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie 25.000 Tagespflegepersonen, um die Ausbauziele zu erreichen. Konsequenz: Die Kommunen schlagen Alarm und warnen davor, den Rechtsanspruch nicht umsetzen zu können.

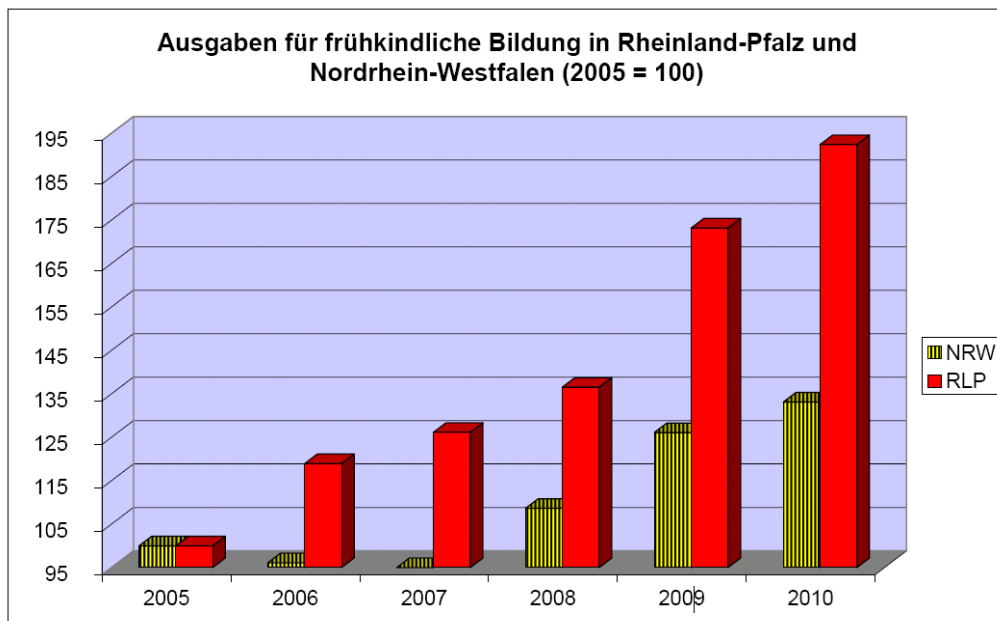
Aber statt dieses Problem zur Chefsache zu machen, wird es von der schwarz-gelben Bundesregierung ignoriert. Statt zu handeln, legen die CDU-Ministerinnen Schröder und Schavan die Hände in den Schoß. Schlimmer noch: Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle, will sich von den Ausbauzielen bis 2013 sogar verabschieden.

Für die SPD steht fest, dass der Rechtsanspruch auf U3-Betreuung nicht zur Disposition stehen darf. Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden und mit Ländern und Kommunen nach Lösungen suchen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, den Rechtsanspruch einlösen zu können. Die SPD geht noch einen Schritt weiter: Wir wollen den Rechtsanspruch auf *ganztägige* Betreuung erweitern. Zuerst wollen wir Alleinerziehende besser unterstützen und ihnen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bereits ab 2013 geben. Zur

Finanzierung fordern wir, das von der Bundesregierung geplante, unsinnige „Betreuungsgeld“ nicht einzuführen und die von Schwarz-Gelb dafür vorgesehenen Mittel von bis zu 2 Mrd. Euro jährlich in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren.

Schwarz-Gelb im Praxistest: Beim Krippenausbau ist Nordrhein-Westfalen Schlusslicht

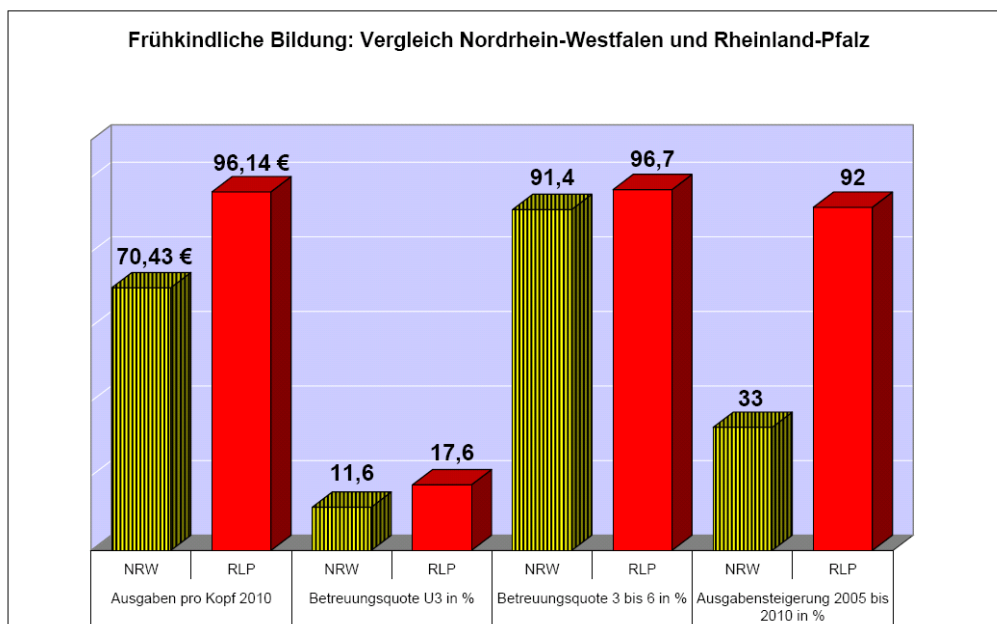
Rüttgers und Co. haben es geschafft, Nordrhein-Westfalen zu einem der Schlusslichter beim Ausbau der Krippenplätze für unter Dreijährige zu machen. Während die durchschnittliche Betreuungsquote in Westdeutschland bei 14,6 % liegt, kommt NRW auf gerade mal 11,6 %. Zum Vergleich: Im SPD-Land Rheinland-Pfalz liegt die Quote bei 17,6 %.



In **Rheinland-Pfalz** wurde der Kindergartenbesuch für Drei- bis Sechsjährige von Beiträgen befreit. Ab 2010 werden auch die Krippenplätze für Zweijährige gebührenfrei. In **Nordrhein-Westfalen** hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit dem so genannten „Kinderbildungsgesetz“ und ihrer restriktiven Kürzungspolitik einen Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen ausgelöst. Die Folge ist, dass die Eltern in unterschiedlichen Regionen des Landes bei gleichem Einkommen für die

gleiche Leistung extrem unterschiedliche Gebühren von null bis 840 Euro bezahlen – je nach Finanzkraft der Kommune und je nach den politischen Verhältnissen vor Ort. Manche Familien haben Glück, andere haben Pech.

Während in Rheinland-Pfalz die Ausgaben für die frühkindliche Bildung seit 2005 stetig in großen Schritten angestiegen sind und sich am Ende auf eine Steigerung von 92 % summieren, hat Nordrhein-Westfalen die Ausgaben zunächst gesenkt und dann erst ab 2008 nachholend in überschaubaren Schritten erhöht. Die Gesamtsteigerung beträgt hier im gleichen Zeitraum nur 33 %. Während Rheinland-Pfalz pro Einwohner 96 Euro in die frühkindliche Bildung investiert, sind es in Nordrhein-Westfalen gerade mal 70 Euro.

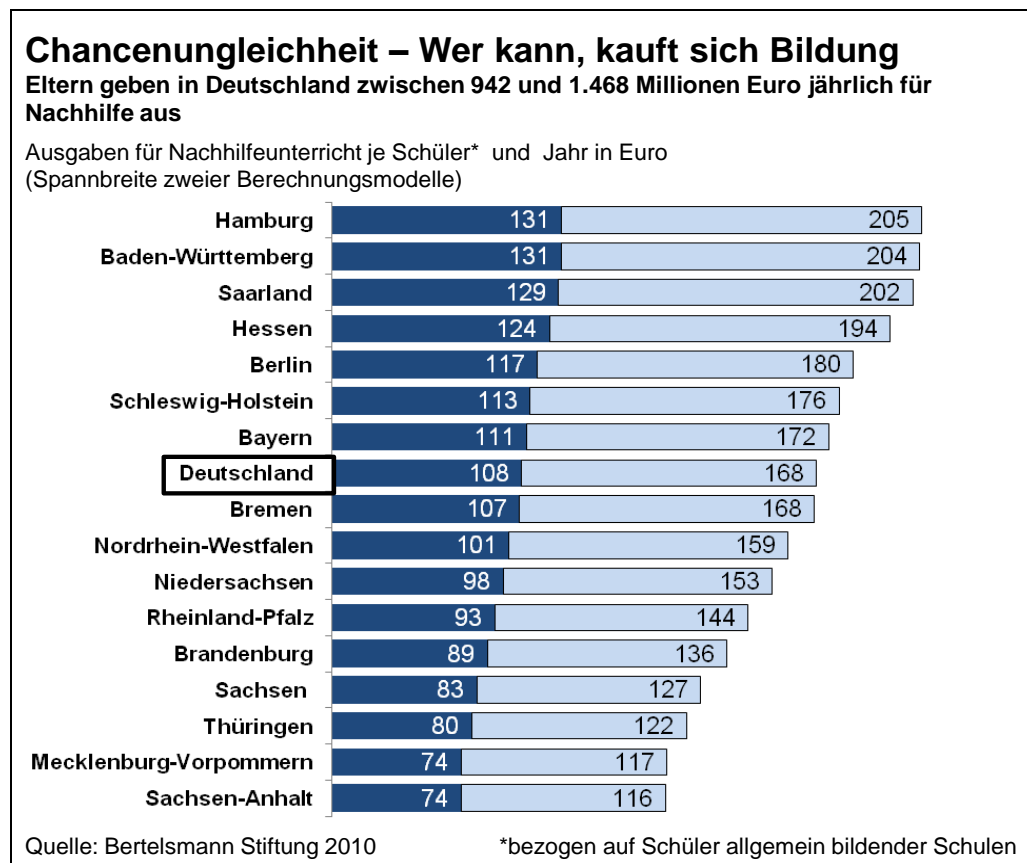


Geld für private Anbieter statt für Schulen

Bildungsministerin Schavan lässt keine Gelegenheit aus, öffentliche Mittel an den Bildungsinstitutionen vorbei auf private Bildungsmärkte zu leiten. Über die geplanten privaten „lokalen Bildungsbündnisse“ sollen an Ländern, Kommunen und den Schulen vorbei in den nächsten Jahren über 1,6 Mrd. Euro an „Bildungsgutscheinen“ ausgeschüttet werden. Private Träger oder Fördervereine sollen das Geld verwalten und am Ende entscheiden, welche Kinder wann einen Förderbedarf haben und für

welche Bildungsangebote die Gelder verwendet werden. Das ist nicht nur pädagogisch fragwürdig und bildungspolitisch unsinnig. Es leistet auch nicht den geringsten Beitrag für bessere Kitas und Schulen.

Die richtige Lösung liegt auf der Hand, missfällt aber Schavan: Wir müssen die öffentlichen Bildungsinfrastrukturen in den Ländern und Kommunen stärken. Dazu brauchen wir mehr Lehrkräfte, ein flächendeckendes Ganztagsschulangebot und den Ausbau der Schulsozialarbeit statt ständig mit neuen Projekten zu experimentieren, die keine dauerhafte Wirkung für gleiche Chancen und bessere Bildung entfalten können. Wir brauchen starke Kitas und bessere Schulen statt ein hektisches Reparieren im Nachhinein.

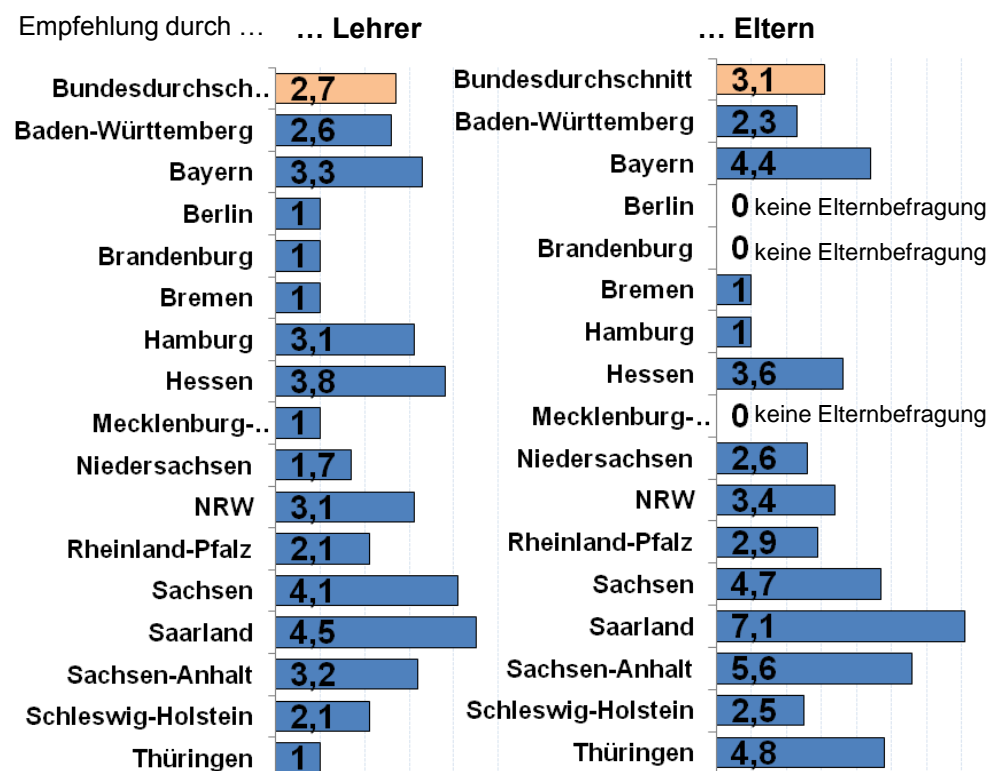


Rund 1,1 Millionen Schüler in Deutschland, das sind 25 Prozent, bekommen Nachhilfe. Das kostet: Zwischen 942 und 1.468 Millionen Euro, je nach Berechnungsmodell, geben die Eltern dafür jährlich aus. Am tiefsten greifen Eltern in

Hamburg und Baden-Württemberg in die Tasche: bis zu 205 bzw. 204 Euro bezahlen sie im Durchschnitt für jedes Schulkind. Die Chancenungleichheit nimmt zu. Denn nur wohlhabende Eltern können Nachhilfe bezahlen. Ärmeren fehlen dazu oftmals die finanziellen Mittel. Alarmierend ist, dass bereits 14,8 % der Viertklässler Nachhilfe in Deutsch erhalten. Hier wird der Druck der frühen Selektion deutlich, denn die Eltern wollen unbedingt eine Gymnasialempfehlung für ihr Kind.

Chancenungleichheit - Herkunft bestimmt Zukunft

Schüler der vierten Klasse mit gleichen kognitiven Fähigkeiten und Leseleistungen: Um welchen Faktor ist die Chance erhöht, dass Schüler mit höherer sozialer Herkunft eine Gymnasialempfehlung erhalten? (1 = ausgeglichen)



Quelle: Iglu-Folgestudie 2010

Bildungsgipfel muss „Infrastrukturgipfel“ werden

Für Anfang Juni 2010 hat die Bundeskanzlerin die Ministerpräsidenten der Länder nach zwei mehr oder weniger ergebnislosen „Gipfeltreffen“ schon zum dritten Mal zu einem so genannten „Bildungsgipfel“ eingeladen. Wir fordern von der Bundesregierung, endlich Nägel mit Köpfen zu machen, statt den Kinderbetreuungsausbau zu vernachlässigen und auf dubiose „Bildungsbündnisse“ zu vertrauen. Konkret bedeutet das, beim Bildungsgipfel gemeinsam mit den Ländern konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur vor Ort zu vereinbaren und eine echte Nationale Initiative gegen Bildungsarmut anzustoßen.

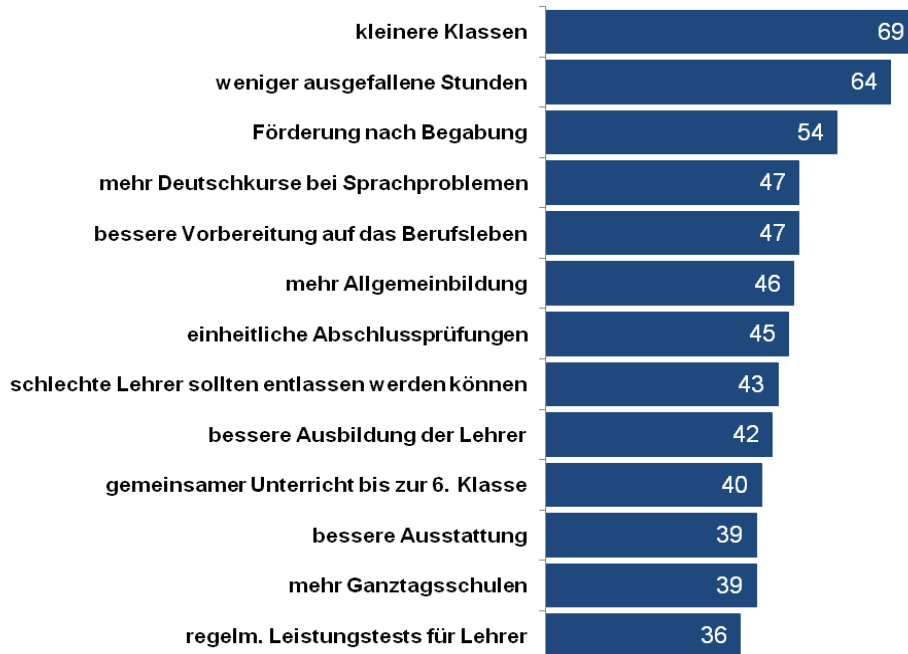
Die Bundesbildungsministerin verbrennt teures Geld in unsinnigen Einzelprojekten, die keinen nachhaltigen Beitrag für bessere Bildung leisten. Echte Fortschritte wären dagegen nur durch verbindliche Bund-Länder-Vereinbarungen zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen zu erreichen. Wir müssen endlich zu konkreten Ergebnissen kommen:

- für weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung
- für den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsschulangebote
- für eine bessere Personalausstattung von Kitas, Kindergärten und Schulen
- für eine Fachkräfteoffensive bei Erzieherinnen und Erziehern
- für Gebührenfreiheit von Anfang an
- für ein kostenloses warmes Mittagessen an allen Kitas und Schulen, für Lehrmittelfreiheit und kostenlosen Förderunterricht überall sowie für flächendeckende Schulsozialarbeit.

Vor allem muss das Versprechen von Dresden gehalten werden, dass die zusätzlichen Mittel auch wirklich in der Bildung ankommen. Die Steuersenkungspläne der Koalition gefährden das.

Was die Eltern wollen

So viel Prozent der Eltern von Schulkindern sehen hier Verbesserungsbedarf



Quelle: Allensbach 2010

Schwarz-Gelb ignoriert Ausbildungsplatzlücke

Im Einklang mit den Wirtschaftsverbänden gibt die Koalition Entwarnung auf dem Ausbildungsmarkt: Die Wirtschaftskrise wirke sich kaum aus und infolge der demographiebedingt sinkenden Nachfrage seien nicht länger fehlende Ausbildungsplätze, sondern ausschließlich fehlende Jugendliche das eigentliche Problem. Diese Bewertung ist faktisch unhaltbar und politisch ein Offenbarungseid.

Fakt ist:

- Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist 2009 um 50.300 eingebrochen.
- Am Ende des Vermittlungsjahres (30.09.2009) wies die BA-Statistik immer noch 83.000 junge Menschen aus, die zwar als (irgendwie) „versorgt“ gelten, aber ihren Ausbildungswunsch weiter aufrechterhielten.
- Nur 47 % der Bewerberinnen und Bewerber, die 2009 über die BA einen Ausbildungsplatz suchten, wurden erfolgreich in Ausbildung vermittelt. Rund 180.000 gelten als „irgendwie“ versorgt. Über den Verbleib weiterer rund 96.000 weiß die BA gar nichts.

Das bedeutet: Die rechnerisch abnehmende Lücke zwischen offiziell „unversorgten“ Ausbildungsplatzsuchenden und noch offenen Ausbildungsstellen verschleiert das tatsächliche Defizit an Ausbildungsplätzen.

Hinzu kommt:

- Weiterhin werden tausende junge Menschen als vermeintlich „nicht ausbildungsreif“ in Warteschleifen des Übergangssystems geschickt (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundschuljahr usw.), oft gehen sie gar nicht erst in die BA-Statistik ein, weil die BA ihnen sogar den Bewerberstatus verweigert. Allein in 2009 verzeichnet die BA rund 122.000 Neuzugänge in Warteschleifen, vor allem in berufsvorbereitenden Maßnahmen.
- Immer noch sind über 40 Prozent der Ausbildungssuchenden so genannte „Altbewerber“, d. h. sie haben sich bereits mindestens ein Jahr lang um einen Ausbildungsplatz bemüht und keinen gefunden. Viele von ihnen geben nach jahrlanger, vergeblicher Suche auf.
- Die Folge ist: Rund 1,5 Mio. junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren haben gar keinen Berufsabschluss und drohen von der Gesellschaft vergessen zu werden.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Ausbildungsmarkt sind noch nicht ausgestanden. 2010 wird mit einem weiteren Rückgang des Ausbildungsangebots gerechnet. Auch die anstehenden „doppelten Abiturjahrgänge“ erzeugen Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt. Im Ergebnis wird in dieser Legislaturperiode nicht mit einer Entspannung der Lage am Ausbildungsmarkt zu rechnen sein. Deshalb brauchen wir dreierlei:

- mehr Engagement, um alle Jugendliche frühzeitig fit für die Ausbildung zu machen,
- mehr Engagement, um mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen,
- mehr Engagement, um Geringqualifizierten zweite und dritte Chancen zur nachholenden Qualifizierung zu geben.

Schwarz-Gelb überlässt die Ausbildungschancen der jungen Menschen der (schlechten) Konjunkturlage. Die SPD fordert einen Rechtsanspruch auf Ausbildung durch staatliche Förderung für alle, die innerhalb der ersten drei Jahre nach der Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Bologna-Reform: Versäumnisse holen Union wieder ein

Die studentischen Bildungsproteste seit 2009 haben den Fokus auch auf die bisher unzulängliche Umsetzung der Bologna-Reformen gelenkt. Die schrittweise Einführung des gestuften Bachelor/Master-Abschlusssystemes sowie eines Leistungspunktesystems (ECTS-Punkte) sollte Studienzeiten verkürzen, Studienabbrüche verhindern und die Mobilität der Studierenden erleichtern. Alle drei Ziele sind in Deutschland bisher nicht oder nur unzureichend erreicht worden. Die Studierenden kritisieren vielmehr den zunehmenden Zeit-, Prüfungs- und Leistungsdruck in den Studiengängen, der die Studierbarkeit gefährdet und Auslandsaufenthalte faktisch ausschließt. Dazu kommen schlechte Studienbedingungen in der Lehre infolge der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon im vergangenen Jahr einen Studienpakt von Bund und Ländern im Umfang von mindestens einer Mrd. Euro pro Jahr gefordert, um schnell zu reagieren und die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen zu sichern. Auch die Länder und Hochschulen machen sich langsam an einige notwendige Korrekturen.

Anders die „Spitzenkräfte“ der Koalition: Bundesministerin Schavan hat erst mal abgewartet und die Bologna-Kritiker als „ewig gestrig“ kritisiert. Erst auf Drängen der Hochschulen und der SPD hat sie für den 17. Mai 2010 zu einem „Bologna-Kongress“ geladen – mit über einem halben Jahr Verspätung. Schavan hat unseren Vorschlag aufgegriffen und will mit den Ländern über eine Erweiterung des Hochschulpaktes für die Lehre verhandeln – endlich.

Nicht anders der NRW-Minister Pinkwart (FDP), der stets nur die „Unsachlichkeit“ der Kritiker monierte und es im Übrigen bei Appellen an die Hochschulen beließ. Mehr konnte er auch nicht, da er mit seinem „Hochschulfreiheitsgesetz“ dem Land alle Werkzeuge aus der Hand geschlagen hat, mit denen es eine flexiblere BA/MA-Umsetzung oder einfach mehr Lehrpersonal an den Hochschulen hätte bewirken können.

Und noch eines: Die Bologna-Reformen waren und sind ein gemeinsames Vorhaben von Bund, Ländern und Hochschulen. Versuche von Schwarz-Gelb, die eigene Verantwortung für die Bologna-Reformen zu leugnen, sind glatte

Geschichtsfälschung. Jürgen Rüttgers war es, der als Bundesminister 1998 die Sorbonne-Erklärung unterschrieben und die Abschlüsse Bachelor und Master in das Hochschulrahmengesetz geschrieben hat. Die baden-württembergische Landesministerin Schavan gehörte 1999 der Kultusministerkonferenz an, die die Bologna-Erklärung mit unterzeichnet hat. Eine von der SPD geforderte stärkere Begleitung und Unterstützung der Reformen durch den Bund ist damals an den unionsregierten Ländern gescheitert. Roland Koch klagte sogar beim Bundesverfassungsgericht, um eine indirekte Bologna-Unterstützung des Bundes für die Hochschulen zu verhindern. Fakt ist also: Die CDU hat Bologna zuerst halbherzig aufgegriffen und dann einen Erfolg der Reform untergraben. Dieses politische Versagen holt die Union heute wieder ein.

Hochschulpakt: NRW hinkt hinterher, Hessen kürzt Mittel

Die Studierendenzahlen in Deutschland steigen seit 1998 – von rund 1,7 Mio. auf 2,2 Mio. in 2009/10. Die Studienanfängerquote stieg auf rund 43 % in 2009. In den nächsten Jahren verlassen Doppelabiturjahrgänge die Schule, die einen sprunghaften Anstieg der Nachfrage nach Studienplätzen mit sich bringen. Bund und Länder haben mit dem Hochschulpakt eine gemeinsame Antwort gegeben und werden bis 2015 in zwei Phasen insgesamt rund 365.000 zusätzliche Studienanfänger gemeinsam finanzieren (+91.000 von 2006-2010, weitere +275.000 von 2011-2015). Allein der Bund wird hierfür rund 4 Mrd. Euro aufwenden. Diesen Hochschulpakt hat die SPD möglich gemacht: In der Föderalismusreform 2006 waren wir es, die mit dem neuen Art. 91b GG die verfassungsrechtliche Grundlage des Paktes erst ins Grundgesetz geschrieben und gegen die Union durchgesetzt haben.

Der Pakt läuft sehr erfolgreich: Die Ausbauziele sind mit bisher rund 102.000 zusätzlichen Studienanfängern bereits jetzt übererfüllt. Allerdings ist die Geschwindigkeit in den Aufbauländern sehr unterschiedlich: **Rheinland-Pfalz** hat sein Soll bereits mit 128 % übererfüllt, auch die meisten anderen Länder erreichen zwischen 70 und 90 Prozent ihrer zugesagten Ausbauziele.

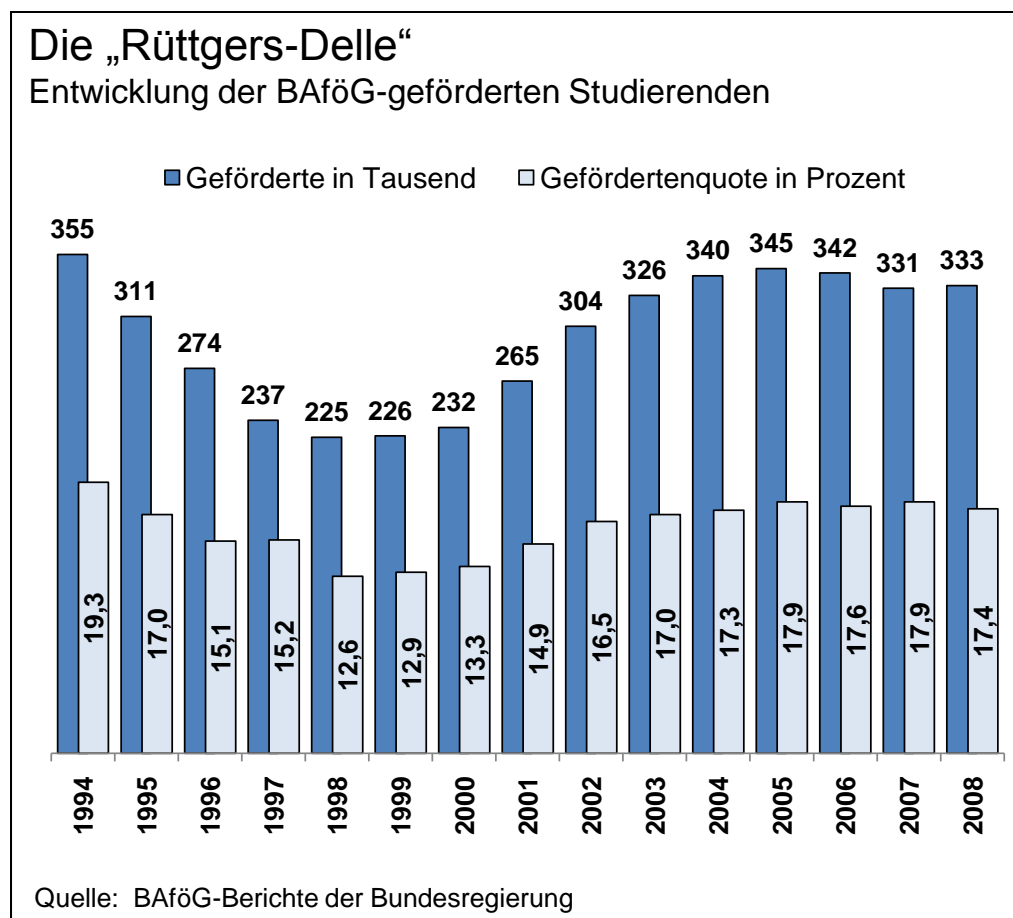
Das schwarz-gelb regierte **NRW** ist auch hier Schlusslicht: Rüttgers und Pinkwart liegen mit 42 % weit abgeschlagen am Ende der Tabelle. Mit gerade mal 11.000

zusätzlichen Plätzen hat das Flächenland NRW kaum mehr Kapazität neu geschaffen als Berlin (+10.200). Übrigens: Berlin tat dies, ohne dazu verpflichtet zu sein.

Das schwarz-gelb regierte **Hessen** hat sogar angekündigt, die Mittel für die Hochschulen um 30 Mio. Euro zu kürzen, obwohl natürlich auch Hessen durch den Hochschulpakt zusätzliches Geld vom Bund bekommt. Das geht direkt zu Lasten der Studierenden und des künftigen Fachkräfteangebots in Deutschland.

BAföG steigt – „Rüttgers-Delle“ ausgewetzt

Die SPD hat das BAföG bei Regierungsantritt im Bund 1998 aus der Versenkung geholt, in die es der damalige Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers fallen gelassen hatte. Wir haben es wieder zu einem modernen, leistungsfähigen Förderinstrument gemacht.



Zur Erinnerung: Die Regierung Kohl hatte das BAföG der schleichenden Auszehrung ausgesetzt. Die vom vormaligen selbst ernannten CDU-„Zukunftsminister“ Rüttgers zu verantwortenden Tiefststände sowohl bei der Zahl der Geförderten (225.000 Studierende), bei der Förderquote (12,6 % aller Studierenden) als auch bei den Bundesmitteln für das BAföG (780 Mio. Euro) sind heute glücklicherweise Geschichte. Auch der neueste BAföG-Bericht belegt den Aufwärtstrend 2008 (gegenüber 1998) mit rund 333.000 geförderten Studierenden (+48 %) und einer Förderquote von 17,4 % an allen Studierenden. Dank der von der SPD durchgesetzten großen BAföG-Erhöhung 2007/08 (+10 % Bedarfssätze und +8 % Freibeträge) werden diese Werte weiter steigen. Der Bund wird in 2010 voraussichtlich rund 2 Mrd. Euro für BAföG aufwenden (1,38 Mrd. Zuschüsse und rund 625 Mio. Euro Darlehensanteil). Auch die druckfrische 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks belegt, dass die BAföG-Reform wirkt und die Studierenden auch erreicht. Die Zahl der geförderten Schüler konnte ebenfalls von 1998 bis 2008 um über 65 % auf 192.000 gesteigert werden.

Die schwarz-gelbe Koalition hat zur Kaschierung ihrer Privatisierungspläne und Klientelpolitik eine symbolische Alibi-Erhöhung beim BAföG um 2 % der Bedarfssätze und 3 % der Freibeträge angekündigt. Diese Erhöhung fällt mit durchschnittlich 8 Euro mehr als bescheiden aus. Es reicht noch nicht einmal, den Kaufkraftverlust durch Inflation auszugleichen.

Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine Steigerung der Bedarfssätze um mindestens 3 % und der Freibeträge um mindestens 10 %. Nur so erreicht die Förderung die Mittelschichten und lässt deren Kinder nicht mit Studiengebühren, vagen Stipendien-Chancen oder teuren Kreditangeboten allein, wie es sich Schwarz-Gelb vorstellt.

Stipendien: Pinkwart-Flop nun für ganz Deutschland

CDU-Ministerin Schavan und FDP-Landesminister Pinkwart haben ein Stipendienprogramm entwickelt, das vom Versagen beim BAföG ablenken soll. Schavan gibt als Begründung für ihren Gesetzentwurf zu einem „nationalen Stipendienprogramm“ an, dass Deutschland bei privaten Studienfinanzierungen im OECD-Vergleich Nachholbedarf habe (OECD-Durchschnitt 27,4 %, Deutschland hier 15,0 %). Das ist falsch und irreführend, weil sie den öffentlichen Anteil unterschlägt: denn bis auf Japan, Korea, USA und eben Australien setzen alle anderen Staaten so wie Deutschland auch auf einen hohen öffentlichen Finanzierungsanteil (Deutschland 85 %, Frankreich 83,7 %, Schweden 89,1 %, Belgien 90,6 %, Finnland 95 % usw., OECD-Durchschnitt 72,6 %). Wer den Systemwechsel zu einer stärker privaten Studienfinanzierung will, soll das auch so sagen. Wir wollen das nicht. Ziel des Gesetzentwurfs von Schavan ist es, stufenweise ein Stipendienangebot für 8 % der Studierenden zu schaffen. Es soll zu je 25 % von Bund und Ländern sowie zu 50 % aus privaten Mitteln finanziert werden, rund 300 Euro im Monat betragen und von den Hochschulen vergeben werden. Im Vollausbau soll das Programm rund 160.000 Stipendien jährlich umfassen und Bund und Länder je 150 Mio. Euro im Jahr kosten. Als private Mittelgeber sind vor allem Wirtschaftsunternehmen oder Ehemalige der Hochschulen vorgesehen. Die Hochschulen sollen dabei die gesamte Abwicklung und Verwaltung – von der Mittelaquise, Auswahl und Betreuung der Stipendiaten bis zur operativen Durchführung – auf eigenen Kosten organisieren. Das Problem ist nur: Ein solches Modell hat Minister Pinkwart bereits in NRW ausprobiert – und ist gescheitert. Bei rund 500.000 Studierenden in NRW konnte Pinkwart mit rund 1.400 Stipendien nicht einmal 0,3 % der Studierenden erreichen. Und die Hochschulen klagen über einen enorm hohen Verwaltungsaufwand von bis zu zwei Vollzeitstellen. Und dieser NRW-Flop soll nun deutschlandweit eingeführt werden? Und das, obwohl weder die Länder noch die Hochschulen oder die meisten Studierenden dieses bürokratische Stipendienmonster wollen? Auch die Wirtschaftsverbände wie der BDI warnen vor zu großen Hoffnungen in die Unternehmen und kritisieren öffentlich die geplante Bürokratie. Selbst der konservative Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) kritisiert: „Man muss

nicht jeden Quatsch mitmachen, nur weil er vom Koalitionspartner vorgeschlagen wird.“ Fazit: Niemand außer Schavan und Pinkwart wollen dieses Gesetz.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt den Gesetzentwurf ab, weil er keine zusätzliche Studiermotivation schafft und soziale Ungleichheit sogar verfestigt. Studien belegen, dass nur 10 % der Stipendienempfänger aus bildungsfernen, aber rund 70 % aus bildungsnahen Schichten stammen. Ein Stipendiensystem ist und bleibt Klientelpolitik für Besserverdienende. Zudem ignoriert das Gesetz die regional sehr unterschiedliche Wirtschaftskraft, benachteiligt damit insbesondere die neuen Länder und überfordert die Hochschulen sachlich wie finanziell. Mit dem Gesetz werden den Hochschulen neue Aufgaben zugewiesen, letztlich aber unnötige und ineffiziente Doppelstrukturen zu den bestehenden und fachlich im Stipendienwesen bewährten zivilgesellschaftlichen Förderwerken geschaffen. Außerdem ist der Bund bereits der größte Stipendienfinanzierer in Deutschland und ermöglicht bereits rund 40.000 Stipendien Jahr für Jahr. Kurz: niemand braucht das Gesetz, niemand will das Gesetz. Die Anhörung zum Gesetzentwurf am 9. Juni 2010 wird die eklatanten Defizite ans Licht und Schavan in Erklärungsnot bringen.